

# Pressemitteilung

1. Juli 2024

## **Ergebnisse der Zukunftskonferenz ernst nehmen und gegen Kinderarmut handeln!**

*Die Linke Herne / Wanne-Eickel äußert sich entsetzt über den Sachstandsbericht zu Aktivitäten bzgl. der Ergebnisse der Zukunftskonferenz. Sie beklagt, dass die Ergebnisse der Zukunftskonferenz nicht ernst genommen worden sind und fordert ein entschlosseneres Handeln gegen Kinderarmut.*

Dazu äußert sich Daniel Kleibömer, linkes Mitglied im Ausschuss für Soziales wie folgt: „Am 13.09.2022 fand in Herne die Zukunftskonferenz zum Thema Kinderarmut statt. Diese hatte als ein zentrales Ergebnis die Einführung einer ‚KidsCard‘. Hiermit sollte allen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe an sozialen, sportlichen, gesundheitlichen, kulturellen und mobilen Angeboten ermöglicht werden. Dass die Verwaltung diesen Vorschlag nicht wirklich ernst nimmt und einfach abbügelt mit dem Argument, es sei kein Geld da, ist wirklich schwach. 28% der Kinder in Herne leben in Armut. Diese Zahl ist ein Skandal – und das Nicht-Handeln unserer Stadt ist ein noch größerer Skandal!“

Weiter ergänzt Shahnaz Bayat, Mitglied im Integrationsrat und beratendes Mitglied im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie: „Auch andere Ideen der Zukunftskonferenz wurden leider nicht ernsthaft verfolgt. So sollte zuerst an einer Grundschule im Rahmen eines Projektes erprobt werden, Eltern und Kindern mit Anspruch auf Beihilfen bei Bedarf Schulmaterialien direkt in der Schule anzubieten – Die Stadt antwortet hierzu, das sei schlicht zu aufwendig. Wir entgegnen dem: Ja, es ist aufwendig, benachteiligten Kindern zu helfen, aber es ist eben auch genauso notwendig. Dass wir so leichtfertig mit den Bildungs-Chancen junger Menschen umgehen ist ein Skandal, der nicht nur den betroffenen Schüler\*innen das Leben schwer macht, sondern unserer Gesellschaft auch viel Potential kostet.“

Abschließend richtet sich Kleibömer an die Verwaltung: „Entgegen der Verwaltung nehmen wir die Ergebnisse der Zukunftskonferenz und das Problem Kinderarmut in Herne allgemein sehr ernst. Wir fordern daher, die Verwaltung nun auf, ernsthafte Vorschläge machen, wie die Situation an den Schulen verbessert werden kann. Denn sonst hätten wir uns diese Zukunftskonferenz direkt sparen können.“

